

Uwe Schwarz

# Die Südkaukasus-Staaten und ihre Beziehungen zur Europäischen Union

Zuarbeit für die Delegation DIE LINKE  
in der GUE/NGL-Fraktion im Europäischen Parlament

Vereinte Europäische Linke • Nordische Grüne Linke



FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

**GUE/NGL**  
[www.guengl.eu](http://www.guengl.eu)

*Berlin, im November 2019*



Dieses Werk von Uwe Schwarz ist unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International zugänglich.

<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0/>

# Inhaltsverzeichnis

|   |    |
|---|----|
| 1. Die Südkaukasusregion – Partner der EU und internationaler Zankapfel | 5  |
| 2. Territorialkonflikte und äußere Einmischung                          | 6  |
| 2.1 Der Karabach-Konflikt   | 6  |
| 2.2 Der Abchasien-Konflikt  | 9  |
| 2.3 Der Südossetien-Konflikt  | 13 |
| 3. Georgien – ein assoziierter Partner der Europäischen Union           | 15 |
| 3.1 Geschichte, Innenpolitik und Menschenrechtslage                     | 15 |
| 3.2 Wirtschaftliche Situation   | 16 |
| 3.3 Außenpolitik und Beziehungen zur Europäischen Union                 | 17 |
| 4. Aserbaidschan – eine Öldespotie mit guten Beziehungen in alle Welt   | 19 |
| 4.1 Geschichte, Innenpolitik und Menschenrechtslage                     | 19 |
| 4.2 Wirtschaftliche Situation   | 21 |
| 4.3 Außenpolitik und Beziehungen zur Europäischen Union                 | 21 |
| 5. Armenien – auf dem Weg zur EU-Assoziierung?                          | 24 |
| 5.1 Geschichte, Innenpolitik und Menschenrechtslage                     | 24 |
| 5.2 Wirtschaftliche Situation   | 25 |
| 5.3 Außenpolitik und Beziehungen zur Europäischen Union                 | 27 |
| 6. Empfehlungen für die linke EuroNEST-Delegation                       | 28 |
| 7. Weiterführende Literatur   | 31 |



## 1. Die Südkaukasusregion – Partner der EU und internationaler Zankapfel

Als die Sowjetunion auseinanderbrach, bildeten sich südlich des Kaukasus neue Staaten, indem die Sowjetrepubliken Georgien, Armenien und Aserbaidschan ihre Unabhängigkeit erklärten. Dieser Prozess verlief schmerzhaft und konfliktreich bis hin zu Bürgerkriegen, wodurch die zum Teil recht wohlhabenden Länder weit zurückgeworfen wurden. Nachdem die Staaten sich konsolidiert hatten, begann sich das Ausland für diese Region zu interessieren. Auch die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten wurden aktiv: Diplomatische Beziehungen wurden hergestellt, Konfliktbeobachter entsandt, Entwicklungsprojekte unterstützt. Wirtschaftliche Kontakte entstanden, wobei die europäische Seite vor allem am Rohstoffreichtum der Region interessiert war. Schrittweise wurden die Beziehungen vertieft. Sichtbare Zeichen dafür sind die „Östliche Partnerschaft“ zwischen der EU und ihren östlichen Nachbarstaaten und vor allem das Assoziierungsabkommen mit Georgien, das 2016 in Kraft trat. Die Östliche Partnerschaft richtet sich an Staaten, denen auf absehbare Zeit kein Beitritt zur EU angeboten wird, die aber dennoch in den politischen und wirtschaftlichen Integrationsraum der EU eingebunden werden sollen – ausdrücklich in Konkurrenz zu Russland.

Die EU agiert hier freilich in einem Minenfeld. Die Beziehungen zwischen den drei Staaten sind mehr oder weniger gespannt. Armenien und Aserbaidschan rüsten gegeneinander auf und stehen immer wieder am Rande eines Krieges. Georgien und Armenien werden zwar demokratisch regiert, sind jedoch wirtschaftlich schwach und politisch instabil. Teile Georgiens und Aserbaidschans haben sich selbstständig gemacht, was international nicht akzeptiert wird. Die großen Nachbarländer Türkei, Iran und Russland ringen um Einfluss. Russland betrachtet frühere Sowjetrepubliken als seine natürliche Interessensphäre und setzt dafür auch militärische Mittel ein. In den abgespaltenen Gebieten Georgiens handelt es als Besatzungsmacht. Hingegen versuchten die USA und andere westliche Staaten, die Region gegen Russland in Stellung zu bringen, was 2008 im Kaukasuskrieg (auch Georgienkrieg genannt) kläglich scheiterte. Da Aserbaidschan reich an Rohstoffen ist und der Südkaukasus ein Nadelöhr darstellt, in dem sich die Handelsströme zwischen Europa und Mittelasien bündeln, hat die Region geostrategische Bedeutung, was sich vor allem Aserbaidschan zunutze macht. All dies sollte äußere Akteure veranlassen, bedachtsam und zurückhaltend zu handeln.

Diese Arbeit befasst sich mit inner- und zwischenstaatlichen Konfliktfeldern der drei Länder und mit ihren Beziehungen zur Europäischen Union. Daraus werden Themenvorschläge für die europäischen Linken in Bezug auf diese Beziehungen abgeleitet.

## 2. Territorialkonflikte und äußere Einmischung

Wie nach dem Ersten Weltkrieg, als die Vielvölkerreiche Russland, Türkei und Österreich-Ungarn gewaltsam unter die neuen Nationalstaaten aufgeteilt wurden, geschah auch beim Zerfall der Sowjetunion das „Nation Building“ häufig mit der Waffe. Die Bürgerkriege und Vertreibungen gipfelten 1992 im Karabachkrieg und Abchasienkrieg, die an Heftigkeit der Kampfhandlungen und Zahl der zivilen Opfer mit den gleichzeitig stattfindenden Balkankriegen zu vergleichen sind. Auch die Verbrechen der Kriege im Südkaukasus wurden oft vor laufender Kamera verübt, und beim Massaker von Sochumi wurden womöglich mehr Menschen ermordet als beim Massaker von Srebrenica. Doch in Europa war die Aufmerksamkeit seinerzeit durch den Konflikt „vor der eigenen Haustür“ gefesselt. Hinzu kamen innenpolitische Wirren, die in allen drei Staaten in Putschversuchen und gewaltsamen Regierungswechseln kulminierten. Der Beginn der aktuellen Wahlperiode des Europäischen Parlaments fällt nun in eine Zeit relativer Ruhe im Südkaukasus. Doch diese Stabilität ist fragil und wird durch mehrere Territorialkonflikte bedroht, zumal in jeden dieser Konflikte ausländische Mächte involviert sind.

### 2.1 Der Karabach-Konflikt

#### Vorgeschichte

Die Wurzeln dieses Konflikts reichen in die Frühzeit der Sowjetunion zurück. Nach der Oktoberrevolution hatten sich im Kaukasus selbstständige Republiken gebildet, die entweder auf Distanz zu Sowjetrußland gingen (Armenien, Georgien) oder gegen eine türkische Invasion unterlagen (Kommune von Baku). Nachdem Sowjetrußland diese Gebiete schrittweise angegliedert hatte, strebte es danach, seine Herrschaft außenpolitisch abzusichern. Dazu wurde 1921 mit der Türkei der Vertrag von Kars geschlossen, bei dem Sowjetrußland große Zugeständnisse machte: Zum Einen hatte man in Moskau wenig Sympathie für die abtrünnigen Kaukasier, zum Anderen wollte man im immer noch anhaltenden Bürgerkrieg die Hände freibekommen. Deshalb wurde die Grenze im Wesentlichen wieder auf den Stand von 1877 gebracht, also mitten durch das armenische Siedlungsgebiet gezogen. Die türkische Mord- und Vertreibungspolitik gegenüber den Armeniern in Ostanatolien wurde de facto akzeptiert. Obendrein wurde die von Armeniern bewohnte, aber von aserbaidshischen Siedlungen umgebene Region Bergkarabach als autonomes Gebiet der neuen Sowjetrepublik Aserbaidshan zugeschlagen, ebenso wie das umkämpfte Gebiet Nachitschewan, das seither eine aserbaidshische Exklave zwischen Armenien und der Türkei bildet. Zur im Vertrag zugesicherten Volksabstimmung über den endgültigen Status Bergkarabachs kam es nie.

## **Karabachkrieg**

In der Spätphase der Sowjetunion lebten ethnische Rivalitäten und nationaler Egoismus wieder auf. Die Kaukasusregion bildete dabei keine Ausnahme, im Gegenteil: Hier brachen die ersten offenen Konflikte aus. In den 80er Jahren war es schon zu einer schleichenden Verdrängung von Armeniern aus Aserbaidschan gekommen; die Zahl der Armenier nahm seit der Volkszählung von 1979 immer mehr ab. Da viele der aus Baku und anderen Städten fortgezogenen Armenier in Bergkarabach unterkamen, bildete sich dort eine feindselige Stimmung gegenüber Aserbaidschan, verbunden mit dem Wunsch nach Anschluss an Armenien. Es kam zu ersten Vertreibungen von Aserbaidschanern. 1988 beschloss schließlich der Oberste Sowjet von Bergkarabach formell den Austritt aus der Aserbaidschanischen Sowjetrepublik und die Umbenennung des Gebiets in „Republik Arzach“. Aserbaidschan reagierte auf die Lossagung Bergkarabachs mit einer bis heute anhaltenden Wirtschaftsblockade gegen Armenien, die anfangs sogar durch die sowjetische Zentralregierung gebilligt wurde. Die nationalistische Hetze in Aserbaidschan führte zu Pogromen in mehreren Städten, auch in der Hauptstadt Baku. Schließlich schickte Moskau die Armee und schlug die Ausschreitungen in Baku gewaltsam nieder. Bei jedem dieser Ereignisse kamen Dutzende Menschen ums Leben. Damit war das Tischtuch zwischen Armenien und Aserbaidschan zerschnitten.

Kurz darauf brach der Konflikt offen aus: Bergkarabach versuchte einen Landweg durch „Unterkarabach“ nach Armenien zu erkämpfen. Aserbaidschan wiederum hob die Autonomieregelung auf. Die gegenseitigen Vertreibungen gingen weiter. In den nächsten Jahren setzten sich die Kämpfe mit wechselnder Intensität fort, immer verbunden mit den Machtkämpfen in Armenien und Aserbaidschan, und kulminierten im März 1992 schließlich im Karabachkrieg, an dem auf aserbaidschanischer Seite auch ein tschetschenisches Kontingent unter Führung des später zu düsterem Ruhm gelangten Schamil Bassajew teilnahm. Doch auch er konnte nicht verhindern, dass die Truppen Bergkarabachs und armenische Freischärler den Anschluss an Armenien herstellten und ein Gebiet eroberten, das größer als Bergkarabach selbst war. Die Waffenstillstandslinie von 1994 bildet heute die de-facto-Grenze zwischen den Konfliktparteien, obwohl völkerrechtlich weiterhin die Grenze von 1921 gilt. Im Laufe des Konflikts kamen mehrere zehntausend Menschen ums Leben; etwa eine Million floh oder wurde vertrieben.

## **Heutige Situation**

Der Waffenstillstand ist brüchig: Jedes Jahr gibt es tödliche Gefechte. Internationale Beobachter oder Friedenstruppen werden von beiden Seiten abgelehnt. Die Schrecken von Krieg und Vertreibung vergiften das Bewusstsein beider Völker. In Aserbaidschan

hat der Hass auf Armenier rassistische Züge angenommen. Ein aserbaidsschanischer Offizier, der bei einem NATO-Kurs in Ungarn seinen armenischen Zimmergefährten ermordet hatte, wurde nach seiner Rückkehr aus ungarischer Haft zum Nationalhelden erhoben.<sup>1</sup> Präsident Alijew bezeichnete Armenien als „altes türkisch-aserbaidsschanisches Gebiet“, obwohl es armenische Staaten schon seit dreitausend Jahren gibt.

In Armenien wiederum galt lange Zeit die Teilnahme an Kampfhandlungen während des Karabachkonflikts schon als hinreichende Qualifikation für ein politisches Amt. Die Bereitschaft zu Verhandlungen über einen Gebietsaustausch mit Aserbaidsschan hat mehrere armenische Politiker das Leben gekostet. Wirtschaftlich und politisch ist Bergkarabach denkbar eng mit Armenien verflochten und teilt dessen Probleme durch die anhaltende Wirtschaftsblockade; allerdings wird es weniger als andere Regionen von Energiemangel geplagt, da sich hier ein Wasserkraftwerk befindet. Außenhandel und ausländische Investitionen gibt es kaum, und Geld kommt nur durch Überweisungen aus der armenischen Diaspora ins Land.

### **Internationale Reaktionen**

Der Europarat betrachtet Bergkarabach als ein von separatistischen Kräften kontrolliertes Gebiet. Das Europäische Parlament begrüßte 2010 in seiner Resolution Nr. 2216 die damaligen Gespräche zwischen Armenien und Aserbaidsschan und rief die Konfliktparteien zur Intensivierung ihrer Friedensbemühungen auf. Allen Flüchtlingen sei das Recht auf Rückkehr zu gewährleisten. Das Parlament schlug vor, internationale Streitkräfte zur Sicherung des Waffenstillstandes zu stationieren, und forderte die armenische Seite zum Rückzug aus den besetzten aserbaidsschanischen Gebieten auf. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat sich mehrmals mit dem Konflikt beschäftigt und in drei Resolutionen bestätigt, dass Bergkarabach zu Aserbaidsschan gehört. Kein Staat und keine internationale Organisation erkennt die Unabhängigkeit der „Republik Arzach“ an – auch nicht Armenien. Bergkarabach wiederum vergleicht sich mit dem Kosovo und verlangt eine ähnliche Behandlung.

### **Die Rolle der Türkei**

Die Türkei hatte 1991 als erster Staat überhaupt die Unabhängigkeit Armeniens anerkannt. Doch schon 1993 erfolgte eine Kehrtwende: Die nächste türkische Regierung nahm das Übergreifen der Kämpfe auf Nachitschewan zum Anlass, die diplomatischen Beziehungen zu Armenien abubrechen, die Grenzübergänge zu sperren und eine Wirtschaftsblockade zu verhängen. Daran wird bis heute festgehalten, obwohl die Lage in Nachitschewan sich längst beruhigt hat. Die Türkei betrachtet sich als Schutz-

---

<sup>1</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Ramil\\_Səfərov](https://de.wikipedia.org/wiki/Ramil_Səfərov)



patron Aserbaidshans. „Pantürkische“ Träume mussten zwar begraben werden, weil die Herrscher der einstigen Sowjetrepubliken vom Kaukasus bis Mittelasien ihre Machtfülle zu schätzen wissen. In wirtschaftlicher Hinsicht hat die Türkei jedoch einiges erreicht, da sie Transitland für Erdöl und Erdgas aus Aserbaidshan ist.

### **Die Rolle Georgiens**

Georgien ist stillschweigerender Nutznießer des Konflikts. Während des Karabachkriegs verkaufte Armenien Strom nach Georgien, um die Kriegskosten decken zu können.<sup>1</sup> Da das größte armenische Kraftwerk, das Kernkraftwerk Mezamor, infolge des schweren Erdbebens von 1988 abgeschaltet war, führte dieser Export zu extremer Energieknappheit in Armenien: Es gab täglich nur vier Stunden lang Strom. Zwar sind diese „dunklen Jahre“, wie sie in Armenien genannt werden, inzwischen vorbei, aber Georgien bietet sich nun als Transitland für den Handel zwischen Aserbaidshan und der Türkei an. So wurden eine Eisenbahnlinie (die als Verzweigung der „Neuen Seidenstraße“ durch China unterstützt wurde<sup>2</sup>), eine Erdölleitung und eine Erdgasleitung „um Armenien herum“ errichtet, wobei Zusatzkosten in Milliardenhöhe in Kauf genommen wurden. Die Europäische Union hatte zwar gegen diese Benachteiligung Armeniens protestiert und der Europäischen Investitionsbank die Förderung der Projekte untersagt, doch Öl und Gas aus den Pipelines werden auch durch EU-Länder gekauft.

## **2.2 Der Abchasien-Konflikt**

### **Entstehung**

Abchasien bildet den nordwestlichen Zipfel des georgischen Staatsgebiets. Das Verhältnis zwischen Georgiern und Abchasen<sup>3</sup> war historisch weniger belastet als das zwischen Armeniern und Aserbaidshanern. Zwar beklagten die Abchasen, dass ihre Autonome Republik durch Georgiens Behörden hintangestellt wurde, und durch die sowjetische Ansiedlungspolitik wurden sie allmählich zur Minderheit. Doch konnte sich das Gebiet dank fruchtbarer Böden, subtropischem Klima und der Lage am Schwarzen Meer gut entwickeln; die Küste war eine der beliebtesten Tourismusregionen der Sowjetunion.

Dieser Wohlstand geriet in Gefahr, als Georgien seinen Austritt aus der Sowjetunion erklärte (in dem betreffenden Referendum hatten 90% der Abchasier für den Fortbe-

---

<sup>1</sup> Noch heute hat Armenien gemessen am Bruttoinlandsprodukt die dritthöchsten Militärausgaben der Welt. Es gehört auch zu den Staaten mit der längsten Wehrpflicht (zwei Jahre).

<sup>2</sup> <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/tuerkei-erdogans-traum-von-einer-neuen-seidens-trasse/20539424.html>

<sup>3</sup> Die Bewohner Abchasiens werden „Abchasier“ genannt; die Angehörigen des namensgebenden Volkes „Abchasen“.

stand der Sowjetunion votiert). Daher erklärte Abchasien sich 1992 für unabhängig und berief sich dabei ähnlich wie Tschetschenien auf Boris Jelzins Worte „Nehmt euch so viel Unabhängigkeit wie ihr schlucken könnt!“. Das hatte dieser freilich nur auf die Sowjetrepubliken bezogen und nicht auf Autonomiegebiete, von denen es allein in Russland Dutzende mit vielen Millionen Einwohnern gibt.

### **Abchasienkrieg**

Abchasien wurde in die georgischen Machtkämpfe hineingezogen, bei denen die Grenze zwischen Politik und Mafiafehde verschwamm. Schließlich marschierten georgische Truppen in Abchasien ein, um das Gebiet wieder georgischer Hoheit zu unterwerfen. Dabei kam es zu schweren Übergriffen auf die Zivilbevölkerung. Daraufhin bildeten Freischärler der „Föderation der Kaukasusvölker“, Kosaken und tschetschenische Islamisten unter Führung von Bassajew eine heterogene Streitmacht, die nominell für Abchasien kämpfte, obwohl ihr nur wenige Abchasier angehörten. Auch russische Truppen griffen auf abchasischer Seite in die Kämpfe ein, verdeckten dabei allerdings die Hoheitsabzeichen, da Russland sich nach außen neutral gab. Die Tschetschenen deuteten den Konflikt in einen muslimischen Befreiungskampf gegen die christliche Vorherrschaft um, obwohl die meisten Abchasen nur ein lockeres Verhältnis zur Religion hatten und der Islam unter ihnen kaum verbreitet ist, da die meisten Muslime nach der russischen Eroberung im 19. Jahrhundert in die Türkei geflohen waren, wo heute mehr Abchasen als in Abchasien selbst leben.

Nach einem Jahr wechsellvoller Kämpfe wurden die georgischen Truppen geschlagen, da ihnen durch den Bürgerkrieg im Mutterland der Nachschub ausging. Die Eroberung der Gebietshauptstadt Sochumi durch die abchasischen Söldner artete zum Massaker aus. Tausende wurden ermordet – auch viele Abchasen, denen Kollaboration vorgeworfen wurde. Die Eroberer ließen sich filmen, wie sie mit Raketen ein Passagierschiff in Brand schossen, auf dem Zivilisten aus der Stadt geflohen waren. Die Botschaft kam an: Fast alle Georgier flohen aus Abchasien, das durch diesen Exodus und die Kriegsverluste mehr als die Hälfte seiner Einwohner verlor. Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten unter Führung Russlands verhängte eine Wirtschaftsblockade, und Abchasien sank zu einem Armenhaus herab, in dem nur noch der Schmuggel blühte.

### **Langsame Rückkehr zur Normalität bis zum Georgienkrieg**

Internationale Vermittlungsversuche scheiterten, da Abchasien auf seiner Unabhängigkeit beharrte und eine Autonomie innerhalb Georgiens ablehnte. In den 90er Jahren wurde eine UN-Beobachtermission eingerichtet und eine russische Friedenstruppe im Land stationiert, die den Waffenstillstand überwachen sollte. Die Wirtschaftsblockade

wurde aufgehoben; das Land erhielt internationale Wiederaufbauhilfe und Direktinvestitionen aus Russland. Abchasien entwickelte sich zu einem de-facto-Staat. Seit 2003 können Bürger Abchasiens einen russischen Pass erhalten. Zwar wird diese Praxis international kritisiert, doch ist sie für Abchasier die einzige Möglichkeit, ins Ausland zu reisen, da abchasische Pässe nicht anerkannt werden.

Mit steigendem Selbstbewusstsein der russischen Führung wandelte sich Russlands Rolle vom Schlichter zur Partei. Die Friedenstruppe wurde immer weiter aufgestockt. Russische Eisenbahntruppen setzten das Bahnnetz instand und reparierten 2008 auch die Brücke an der georgischen Grenze. Dass dies mit Hintergedanken geschah, zeigte sich schon kurz darauf im Georgienkrieg, als die russische Armee die Brücke für ihren Nachschub nutzte. Während dieses Krieges wurde die georgische Armee auch aus dem letzten Zipfel Abchasiens verdrängt, dem Kodori-Tal, dessen oberen Teil sie 2006 – unter Missachtung des Waffenstillstandes – besetzt hatte. Seither ist das gesamte Territorium des vormaligen Autonomen Gebiets unter abchasischer Kontrolle.

### **Heutige Situation**

Die abchasische Staatlichkeit kann als gefestigt betrachtet werden. Für ein kleines, armes Land mit nur einer Viertelmillion Einwohner ist Abchasien ziemlich stabil, hat eine entwickelte politische Landschaft, vielfältige Medien und eine aktive Zivilgesellschaft. Wahlen laufen überwiegend frei ab; Regierungswechsel erfolgen meist ohne Konflikte (bis auf die Massendemonstrationen 2014, die den Rücktritt des damaligen Präsidenten erzwangen). Die Kriminalität ist jedoch groß, und mehrmals kam es zu Attentaten auf Politiker, wohinter das organisierte Verbrechen vermutet wird. Die Einwohner stehen fast einhellig hinter den Unabhängigkeitsbestrebungen; bemerkenswerterweise auch etwa die Hälfte der Georgier im Lande. Das Rückgrat der Wirtschaft bildet wieder der Tourismus, gefolgt vom Export von Wein und Südfrüchten. Die meisten Lebensmittel und Konsumgüter müssen jedoch importiert werden. An Energie mangelt es hingegen nicht, da Abchasien sich mit Georgien einen Wasserkraftkomplex am Fluss Inguri teilt.

Das Verhältnis zu Georgien hat sich seit dem Ende der Regierung Saakaschwili etwas entspannt. An der Grenze ist Ruhe eingekehrt. Tausende Georgier sind nach Abchasien zurückgekehrt; inzwischen wird von ihnen auch nicht mehr verlangt, einen abchasischen Pass anzunehmen. Im Süden Abchasiens stellen Georgier und Mingrelier wieder die Bevölkerungsmehrheit; dort gibt es auch georgische Schulen. Zwar sitzt in Tbilissi weiterhin eine abchasische Exilregierung, doch insgesamt ist das gegenseitige Verhältnis pragmatischer geworden. Handel findet jedoch kaum statt. Selbst die eben erst reparierte grenzüberschreitende Eisenbahnlinie wurde auf der abchasischen Seite nach dem Krieg wieder abgebaut.

### **Internationale Reaktionen**

Nach dem Georgienkrieg wurde Abchasien durch Russland anerkannt; seither noch durch vier weitere Staaten. Alle anderen Staaten und sämtliche internationalen Organisationen betrachten Abchasien weiterhin als Teil Georgiens. Da die militärische Lage sich entspannt hat, ist der Konflikt jedoch aus den Augen der Weltöffentlichkeit entschwunden. Internationale Vermittlungsversuche sind nicht mehr möglich, da Russland sie im UN-Sicherheitsrat blockiert. Russland hat 2009 auch die Verlängerung der seit 1994 tätigen UN-Beobachtermission in Abchasien verhindert. Abchasien wiederum hat sich mit anderen Quasistaaten zur „Gemeinschaft nicht-anerkannter Staaten“ verbündet, um das Streben nach Souveränität gemeinsam zu vertreten.

Obwohl die Türkei Abchasien nicht anerkennt, ist sie mittlerweile zum zweitgrößten (nach manchen Quellen sogar größten) Wirtschaftspartner des Landes avanciert. Tausende Abchasen sind aus der Türkei in die „alte Heimat“ eingewandert – Baugrund und Ackerland sind infolge des Exodus von 1993 reichlich vorhanden. Die Europäische Union hatte Abchasien zeitweise Finanzhilfe gewährt und die Instandsetzung des gefährlich baufälligen Staudamms am Inguri unterstützt. Nach dem Georgienkrieg wurde die Zusammenarbeit mit Abchasien nahezu beendet; allerdings wurde 2018 das Erasmus-Programm für abchasische Studierende geöffnet.

### **Die Rolle Russlands**

Russland ist der größte Handelspartner Abchasiens und übernimmt einen Teil des Staatshaushalts. Die abchasische Eisenbahn wurde an die russische Staatsbahn verpachtet, die seither das Netz modernisiert und mehrere Fernverkehrslinien nach Russland eingerichtet hat, die zum Aufschwung des Tourismus beigetragen haben. Die abchasische Armee ist klein; dafür wird das Land von Russland wie ein Militärstützpunkt behandelt: Der abchasische Generalstabschef ist ein russischer General, im Hafen von Sochumi wurde eine Basis der Schwarzmeerflotte errichtet und der Flugplatz Gudauta zu einer großen Militärbasis ausgebaut. Dort hat die russische Armee Kampfflugzeuge und eine mechanisierte Brigade stationiert. Insgesamt stehen etwa 5000 russische Soldaten in Abchasien, was Russlands Beziehungen zu Georgien erheblich belastet. 2014 wurde sogar ein Bündnisabkommen unterzeichnet, das im Konfliktfall die Unterstellung der abchasischen Armee unter russisches Kommando vorsieht.

Trotz dieser vielfältigen Abhängigkeit betrachtet Abchasien sich als selbstständigen Staat und strebt nicht danach, sich an Russland anzuschließen. In der Bevölkerung ist der Wunsch nach einer Vereinigung mit Russland kaum verbreitet – ganz anders als in Südossetien.

## 2.3 Der Südossetien-Konflikt

### Entstehung und Verlauf bis zum Georgienkrieg

Südossetien ist eine kleine, dünn besiedelte Region am Südrand des Kaukasus-Hauptkamms, die in der Sowjetzeit Autonomiestatus hatte. Während im Süden des Autonomen Gebiets überwiegend Georgier lebten, waren die Hochgebirgstäler vor allem von Osseten bewohnt, die im Laufe der Jahrhunderte aus dem ossetischen Siedlungsgebiet nördlich des Kaukasus eingewandert waren. Diese waren sehr vom Aufleben des georgischen Nationalismus in den 80er Jahren betroffen, der auch zu diskriminierenden Gesetzen führte. So entstand das Bestreben, sich an das größere und viel bevölkerungsstärkere Nordossetien anzuschließen, ein Autonomes Gebiet im (russischen) Nordkaukasus. Während der georgischen Wirren Anfang der 90er Jahre wurde als erster Schritt dorthin die Unabhängigkeit proklamiert. Daraufhin fielen georgische Paramilitärs in das Gebiet ein. Truppen des russischen Innenministeriums konnten zwar die Kämpfe eindämmen, aber nicht verhindern, dass zahlreiche Osseten nach Russland flohen. Schließlich wurde ein Waffenstillstand geschlossen und eine gemeinsame Friedenstruppe aus russischen, georgischen und ossetischen Einheiten gebildet. Wirklicher Frieden kehrte jedoch nicht ein; immer wieder kam es zu Schusswechseln und Belagerungen. Die im Süden des Gebiets lebenden Georgier wurden aus dem Land gedrängt.

Der neue georgische Präsident Micheil Saakaschwili versuchte anfangs, Südossetien friedlich zur Rückkehr nach Georgien zu bewegen. Zuvor war ihm dies mit der Region Adscharien gelungen, wo es freilich weder Krieg noch ausländische Einmischung gegeben hatte. Als der Erfolg ausblieb, ließ er 2008 schließlich die georgische Armee in Südossetien einmarschieren. Damit schätzte er die Lage jedoch falsch ein. Die georgische Armee nahm zwar die Gebietshauptstadt Zchinwali ein, wobei Dutzende Zivilisten und auch mehrere russische Angehörige der Friedenstruppe starben. Aber die russische Armee hatte nur auf diesen Anlass gewartet und schlug mit großer Härte zurück. Sie besetzte große Teile Georgiens, zerstörte wichtige Infrastruktur und vernichtete die Ausrüstung der georgischen Armee. Die georgischen Zivilisten wurden fast vollständig aus Südossetien vertrieben, das heute nur noch halb so viele Einwohner wie 1989 hat.

### Heutige Situation

Russland erkannte nach dem Krieg die Unabhängigkeit Südossetiens an und begründete dies mit der Anerkennung des Kosovo durch westliche Länder. Ebenso wie bei Abchasien folgten bisher nur vier weitere Staaten diesem Schritt. Fast alle Bewohner Südossetiens haben heute einen russischen Pass (vgl. Abchasien). Da das kleine Land infolge der

Kriegsschäden und der Vertreibung der Georgier nicht lebensfähig ist, wird sein Haushalt durch Russland finanziert. Die geschrumpfte Bevölkerung würde eigentlich den Anschluss an Russland bevorzugen und hat dies auch in Referenden bekräftigt. Russland lehnt dies jedoch ab, was sicher mit der isolierten Lage des Gebiets zusammenhängt, das von Norden her nur über eine einzige Straße erreichbar und hundert Kilometer von der nächsten russischen Stadt entfernt ist. Aufgrund der Unzugänglichkeit gibt es auch weder nennenswerten Tourismus noch Außenhandel oder ausländische Investitionen. Naturgemäß war die Infrastruktur Richtung Georgien viel stärker ausgebaut; heute liegt sie jedoch brach. Es gibt keinerlei Beziehungen zwischen beiden Seiten. Auch die Erdgaslieferungen von Georgien nach Südossetien wurden eingestellt, weshalb Russland für Unsummen eine über hundert Kilometer lange Gasleitung errichtete (ca. eine halbe Milliarde Dollar zur Versorgung eines Gebiets mit 55.000 Bewohnern). Es stehen etwa zweitausend russische Soldaten im Land; dazu kommen russische Grenztruppen, die entlang der Grenze zu Georgien Sperrzäune errichten.

International wird Südossetien, das sich mittlerweile in „Alania“ umbenannt hat, weiterhin als Bestandteil Georgiens betrachtet, auch wenn die Rückkehr des Gebiets nach Georgien auf absehbare Zeit undenkbar erscheint. Bis 2008 hatte die Europäische Union den Wiederaufbau in Südossetien finanziell unterstützt. Dies wurde nach dem Krieg eingestellt. Auch sonst gibt es kaum noch Kontakte zwischen Südossetien und dem (nichtrussischen) Ausland.

## 3. Georgien – ein assoziierter Partner der Europäischen Union

### 3.1 Geschichte, Innenpolitik und Menschenrechtslage

Georgien hat eine sehr lange Geschichte. Seit dem 10. Jahrhundert gab es auf dem heutigen Staatsgebiet eigenständige Königreiche, die zeitweise fast das gesamte heutige Transkaukasien umfassten. Die Dynastie der Bagratiden herrschte hier vom 9. bis ins 19. Jahrhundert, was wahrscheinlich einen „Weltrekord“ darstellt. Das Land wurde früh christianisiert, doch durch die veränderten Verhältnisse in Kleinasien bald von der übrigen Christenheit abgeschnitten, sodass die georgische orthodoxe Kirche viele Eigenheiten bewahrt und den Charakter einer Nationalkirche angenommen hat. Da die Kirche außerdem seit der russischen Zeit Träger des georgischen Nationalbewusstseins war, besitzt sie großen gesellschaftlichen Einfluss, ähnlich wie die orthodoxen Kirchen Griechenlands, Armeniens oder Serbiens. Auch deshalb ist das gesellschaftliche Klima sehr konservativ. Homosexualität unterliegt einem starken Tabu<sup>1</sup>, und trotz des gesetzlichen Heiratsalters von 18 Jahren gibt es immer noch zahlreiche Kinderbräute, die aufgrund von Familienabsprachen inoffiziell verheiratet werden, bis dann kurz nach dem 18. Geburtstag die Ehe standesamtlich registriert wird.<sup>2</sup>

Nachdem in den ersten 23 Jahren der Unabhängigkeit jeder Machtwechsel in Georgien mit Unruhen oder sogar Bürgerkrieg einherging, verliefen die Wahlen 2012 nach Ansicht der internationalen Beobachter erstmals frei und fair. Das galt auch für die Wahlen von 2018. Dennoch krankt die georgische Demokratie an etlichen Schwächen. Das beginnt mit dem Einfluss des Milliardärs Iwanischwili, der sich eine eigene Partei namens „Georgischer Traum“ hält. Diese dominiert seit dem Ende der Ära Saakaschwili die politische Landschaft. Außerdem berücksichtigt die Verfasstheit Georgiens nicht den multikulturellen Charakter eines Landes mit bedeutenden ethnischen und religiösen Minderheiten; z.B. ist Georgisch die einzige Amtssprache. Manche Stimmen beurteilen Georgiens deshalb als „ethnische Demokratie“ oder als „oligarchische Demokratie“. Im Demokratieindex des „Economist“ nimmt Georgien nur einen Mittelplatz ein und wird als „hybride Demokratie“ mit autoritären Elementen bezeichnet.

---

<sup>1</sup> <https://www.spiegel.de/kultur/kino/and-then-we-danced-proteste-in-georgien-gegen-film-ueber-schwule-taenzer-a-1295769.html>

<sup>2</sup> <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/kinderbraeute-in-georgien-zu-jung-um-erwachsen-zu-sein-a-1215140.html>

### 3.2 Wirtschaftliche Situation

Georgien war einst reich an Bodenschätzen, doch ist ein Großteil davon bereits ausgebeutet. Heute spielt nur noch Kupfer eine größere Rolle. In der Antike hatte die Region den Ruf einer Waffenschmiede der Welt. Während der sowjetischen Zeit war das Land wegen seiner Fruchtbarkeit und seiner touristischen Reize vergleichsweise wohlhabend, zumal es von den Verwüstungen des russischen Bürgerkriegs und des Zweiten Weltkriegs verschont blieb. Die Industrie entwickelte sich; es gab sogar eine Flugzeugfabrik. Umso tiefer war der Absturz zu Beginn der Unabhängigkeit: Politische Wirren und die russische Wirtschaftsblockade sorgten für den stärksten wirtschaftlichen Rückgang aller ehemaligen Sowjetrepubliken – bis auf 25% des Niveaus von 1988! Ab 1995 entspannte sich das Verhältnis zu Russland; das Embargo wurde aufgehoben. Georgien wurde in Hilfsprogramme der EU und des IWF aufgenommen. Dennoch erholte sich die Wirtschaft nur langsam, und die soziale Lage großer Bevölkerungsteile blieb angespannt. Das 21. Jahrhundert brachte größere Fortschritte. Auslandsinvestitionen werden durch eine sehr wirtschaftsfreundliche Politik begünstigt (aktuell Platz 16 von 180 im marktradikalen „Index für wirtschaftliche Freiheit“<sup>1</sup>). Staatshaushalt und Wirtschaft profitieren vom Transithandel. Doch die Arbeitslosigkeit bleibt hoch, zumal ausländische Investitionen kaum in die Industrie gehen. Das ist der Antrieb für die anhaltende Auswanderung und Arbeitsmigration, vor allem nach Russland.

Georgien hat aufgrund seiner Gebirgslage zwar wenig landwirtschaftliche Nutzfläche, doch ermöglicht das Klima hohe Erträge. Wichtige Exportfrüchte („Cash Crops“) sind Kiwis, Knoblauch und Nüsse. Hingegen hat der Export von Schwarztee („Grusinischer Tee“) keine Bedeutung mehr, da viele Teegärten im Abchasienkrieg zerstört wurden und Russland als Hauptabnehmer ausfiel. Wein wird in Georgien schon seit über 7000 Jahren kultiviert und mindestens seit der griechischen Antike auch exportiert. Der Anbau erlitt in der Spätzeit der Sowjetunion einen schweren Rückschlag, als Gorbatschow im Rahmen seiner Anti-Alkohol-Kampagne die meisten Weinstöcke in Georgien und Abchasien roden ließ, doch mittlerweile wird Wein wieder international vermarktet.

Die Energieversorgung Georgiens ist stabil. Die eigenen Erdölvorkommen sind zwar klein, doch existieren mittlerweile mehrere Öl- und Gasleitungen nach Aserbaidschan, aus denen Georgien seinen übrigen Energieträgerbedarf decken kann. Dazu kommen mehrere Wasserkraftwerke, vor allem das Großkraftwerk am Inguri. Inzwischen gewinnt auch die Windkraft an Bedeutung, die in den Nachbarländern kaum genutzt wird.

---

<sup>1</sup> <https://www.heritage.org/index/ranking>



### 3.3 Außenpolitik und Beziehungen zur Europäischen Union

Georgien betrachtet die engen Beziehungen zwischen Armenien und Russland mit Argwohn und ergreift deshalb in internationalen Streitfragen oft Partei gegen Armenien.

Wesentlich besser ist das Verhältnis zu Aserbaidschan, mit dem Georgien durch die Mitgliedschaft im regionalen Zusammenschluss „Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung“ (GUAM) verbunden ist, in dem sich ehemalige Sowjetrepubliken mit einem schwierigen Verhältnis zu Russland zusammengefunden haben. Weitere Mitglieder sind die Ukraine und Moldawien. Wie bereits erwähnt, ist Georgien Transitland für Aserbaidschans Außenhandel mit Europa und der Türkei unter Umgehung Armeniens und Irans.

Zur Türkei bestehen gute Beziehungen; die Türkei ist auch einer der wichtigsten Handelspartner und Investoren.

Zu Russland bestehen keine diplomatischen Beziehungen mehr; allerdings gibt es durchaus Arbeitskontakte auf unterer Ebene und sogar ein Freihandelsabkommen. Georgien ist wieder ein wichtiges Tourismusziel für Russland geworden. Der Verlauf der wirtschaftlichen Beziehungen gleicht jedoch einer Fieberkurve, zumal Russland häufig Wirtschaftssanktionen als „Strafmaßnahme“ einsetzt – jüngst wurde mal wieder ein Importstopp für Wein verhängt und russischen Fluggesellschaften verboten, Georgien anzufliegen, was ein schwerer Schlag für den Tourismus war.

Georgien ist an guten Beziehungen zu China interessiert und hat sich in das chinesische „One Belt, One Road“-Programm eingebracht, das auch als „Neue Seidenstraße“ bekannt ist.<sup>1</sup> Mit chinesischer Unterstützung gelang es, die Bauarbeiten an der Eisenbahnlinie vom Kaspisee in Aserbaidschan zu den georgischen Schwarzmeerbahnen und ins türkische Kars abzuschließen. Dort besteht Anschluss an eine weitere Neubaustrecke, die bis in den europäischen Teil der Türkei reicht. Diese Streckenführung ist sowohl für China als auch für die mittelasiatischen Länder sehr attraktiv, da sie weder russisches noch iranisches Gebiet berührt und somit eine Alternative für Konfliktfälle bietet. Georgien möchte – auf anderem Weg als Armenien, aber mit ähnlichem Ziel – ein Knotenpunkt des internationalen Austauschs werden und hat als einziges Land der erweiterten Region Freihandelsabkommen mit sämtlichen Nachbarländern plus China und EU.

Georgien nimmt wie alle ehemaligen Sowjetrepubliken am NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ teil, doch gehen seine Beziehungen zur NATO weit darüber hinaus. Während der Präsidentschaft Saakaschwilis wurde die georgische Armee durch

---

<sup>1</sup> <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/georgien-chinas-vorposten-auf-der-neuen-seidenstrasse-15322657.html>

Militärberater aus den USA an westliche Standards und Taktiken herangeführt. Georgien nahm im Rahmen der „Koalition der Willigen“ am Irakkrieg bzw. an der anschließenden Besetzung des Landes teil und strebt nach Aufnahme in das westliche Militärbündnis. Diese wird jedoch von westeuropäischen Mitgliedsländern an die Klärung der territorialen Streitfragen gekoppelt und ist somit spätestens seit dem Kaukasuskrieg 2008 obsolet.

Von allen Staaten der Kaukasusregion unterhält Georgien die engsten Beziehungen zur Europäischen Union, was im Assoziierungsabkommen von 2014 zum Ausdruck kam. Im Rahmen des Assoziierungsprozesses übernahm Georgien Tausende europäische Normen und bildete eine Freihandelszone mit der EU. Georgische Staatsbürger können seit 2017 visafrei in den Schengenraum einreisen. Georgien erhält jährlich ca. 100 Millionen Euro Finanzhilfe aus der EU. Die EU-Länder sind Georgiens wichtigster Handelspartner (etwa ein Drittel des Handelsvolumens). Da die georgische Landwirtschaft sehr kleinteilig ist, was ihre Produktivität hemmt, stellte die EU nicht nur Informations- und Fortbildungsmöglichkeiten für Landwirte bereit, sondern förderte auch die Gründung Hunderter Bauerngenossenschaften – eine seltene Abweichung von ihrer üblichen Wirtschaftspolitik. Ferner wurden Programme zum Ausbau der Rechtsstaatlichkeit, zur Verbesserung des Gesundheitswesens und zur regionalen Entwicklung gefördert.<sup>1</sup> Vieles geschieht dabei jedoch mit einer „EU-Brille“, z.B. die Angleichung des Hochschulwesens an den europäischen Bologna-Prozess.

Kritisch ist die Anbindung Georgiens an die Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu bewerten. Zwar hat die EU einiges versucht, um zur Befriedung der Konflikte um Abchasien und Südossetien beizutragen. Obwohl ihren Beobachtern seit dem Kaukasuskrieg kein Zugang zu diesen Gebieten mehr gewährt wird, haben sie durch Konflikttelefone und andere Projekte deeskalierend gewirkt. Auf der anderen Seite trat 2014 jedoch ein Rahmenabkommen über die Beteiligung Georgiens an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU in Kraft. Seither nahm Georgien an mehreren militärischen Operationen in diesem Rahmen teil, zum Beispiel in der Zentralafrikanischen Republik. Zwar mag im Westen kaum noch jemand von einer NATO-Mitgliedschaft Georgiens sprechen, da sie riskante Verpflichtungen für einen eventuellen Konfliktfall nach sich zöge. Doch will man offenbar nicht davon lassen, Georgien zum „Vorposten des Westens“ am Kaukasus zu machen.

---

<sup>1</sup> [http://eueuropaeas.fpfis.slb.ec.europa.eu:8084/headquarters/headquarters-homepage/23634/eu-georgia-relations-factsheet\\_en](http://eueuropaeas.fpfis.slb.ec.europa.eu:8084/headquarters/headquarters-homepage/23634/eu-georgia-relations-factsheet_en)

## **4. Aserbaidtschan – eine Öldespotie mit guten Beziehungen in alle Welt**

### **4.1 Geschichte, Innenpolitik und Menschenrechtslage**

Aserbaidtschan ist ein junges Land. Lange Zeit gehörte das Siedlungsgebiet der Aseris zu Persien (deshalb sind die meisten aserbaidtschanischen Muslime Schiiten). Allerdings erlangten etliche kleine Khanate im Gebiet zwischen Kaukasus und Kaspische See eine beträchtliche Autonomie. Im 19. Jahrhundert verschob die russische Kaukasusexpansion die persische Grenze weit nach Süden und spaltete Aserbaidtschan in einen russischen und einen (größeren) persischen Teil. Nach kurzlebigen Versuchen der Selbstständigkeit wurde das Land erst Teil der Transkaukasischen Sowjetrepublik und schließlich eine eigenständige Republik im Verband der Sowjetunion, die durch den Zerfall der UdSSR 1991 ihre Unabhängigkeit erlangte.

Damals fanden auch die einzigen halbwegs freien Wahlen in der Geschichte des Landes statt. Doch die daraus hervorgegangene Regierung stürzte ebenso wie ihre Nachfolger über die Niederlagen im Karabachkrieg. Das nutzte Heydar Alijew, der ehemalige KGB-Chef des Landes. Dieser war Anfang der 80er Jahre in den korrupten Klüngel um Leonid Breschnew aufgestiegen und zum Mitglied des Politbüros der KPdSU avanciert. Die neue Führung um Gorbatschow enthob ihn wegen seiner notorischen Raffgier aller Ämter; Alijew zog sich nach Hause ins autonome Gebiet Nachitschewan zurück. Von dort betrieb er nun den Sturz der aserbaidtschanischen Regierung und setzte sich selbst an die Spitze. Kurz vor seinem Tod im Jahre 2003 reichte er die Macht an seinen Sohn Ilham weiter, der ebenfalls eine Nomenklaturkarriere in der Sowjetunion durchlaufen hatte. Ilham Alijew ist seither ein nahezu allmächtiges Staatsoberhaupt, das seinen Rang regelmäßig in unfreien Wahlen mit gefälschten Ergebnissen bestätigen lässt.

Die Menschenrechtslage in Aserbaidtschan ist zwiespältig. Angesichts der vielen Konfessionen und eines hohen Anteils von Nichtgläubigen ist die Regierungspraxis laizistisch. Der Einfluss von Kirchen und religiösen Führern ist gering. Der Großmufti der Kaukasusvölker ist zwar Aserbaidtschaner und residiert in Baku, doch sein Hauptanliegen scheint das Schüren des aserbaidtschanischen Nationalismus zu sein. Ältere Aserbaidtschaner haben überwiegend ein lockeres Verhältnis zur Religion, aber unter jüngeren Muslimen breiten sich konservative und fundamentalistische Auslegungen des Islam aus. Homosexualität ist zwar legal, wird in der Gesellschaft jedoch nicht toleriert, ähnlich wie in den Nachbarländern. Die Stellung der Frauen ist eher mit osteuropäischen Ländern zu vergleichen als mit Mittelasien oder gar dem Iran. Allerdings ist auch

in diesem Punkt die Gesetzeslage fortschrittlicher als die gesellschaftliche Realität, insbesondere bei häuslicher Gewalt.

In Aserbaidtschan leben neben den Aseris noch einige kleinere Ethnien weitgehend gleichberechtigt, mit einer Ausnahme: Armenierfeindlichkeit ist Staatspolitik und kennt kein Maß. Das geht so weit, dass Parlamentsabgeordnete von einem gefeierten Schriftsteller einen Gentest auf „armenisches Blut“ verlangten, als er zum Konflikt mit Armenien einen abweichenden Standpunkt äußerte und die wüste Armenierfresserei kritisierte.<sup>1</sup>

Im konfessionell bunt gemischten Aserbaidtschan eignet sich die Religion nicht als einigende Klammer. Daher soll offenbar der Nationalismus im Verbund mit den Einnahmen aus dem Gasexport und einem bizarren Personenkult um den „Vater der Nation“ Heydar Alijew das Volk auf der Seite der Herrschenden halten. Für den Fall, dass dies nicht genügen sollte, wurde vorgesorgt: Viele Parteien sind verboten worden, investigative Journalisten werden unter fingierten Vorwänden eingesperrt<sup>2</sup>, alle Rundfunk- und Fernsehsender sind staatlich kontrolliert. Aserbaidtschan nimmt nur Rang 161 auf der „Rangliste der Pressefreiheit 2019“ ein (vgl. Georgien 60, Armenien 61)<sup>3</sup>. Viele Auslandssender sind gesperrt, auch die BBC. Geradezu allergisch reagieren die Behörden dabei auf Korruptionsvorwürfe. Sie haben auch allen Grund dazu.

Im Korruptionsindex von Transparency International belegt Aserbaidtschan Rang 123 von 176. Dabei ist allerdings die Raffgier der Herrscherdynastie ein eigenes Kapitel wert. Während in Georgien und Armenien die reichsten Unternehmer des Landes sich eigene Parteien halten, ist es in Aserbaidtschan gewissermaßen umgekehrt: Hier hat sich die herrschende Familie in alle wichtigen Wirtschaftszweige eingeklinkt. Um was für Beträge es dabei geht und mit welchen Methoden gearbeitet wird, verdeutlicht die Tatsache, dass 2009 neun Strandvillen in Dubai mit einem Gesamtwert von 44 Millionen Dollar auf den Namen des damals erst 11-jährigen Sohnes des aserbaidtschanischen Präsidenten Ilham Alijew eingetragen wurden.<sup>4</sup> Letzterer tritt damit in die Fußstapfen seines Vaters, der schon zu Sowjetzeiten ganze Villenviertel für Verwandte und Günstlinge in Baku und Nachitschewan errichten ließ. Wenig überraschend sind die Alijews auch in den „Panama Papers“ prominent vertreten.

---

<sup>1</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Akram\\_Aylisli](https://de.wikipedia.org/wiki/Akram_Aylisli)

<sup>2</sup> [https://en.wikipedia.org/wiki/Eynulla\\_Fatullayev](https://en.wikipedia.org/wiki/Eynulla_Fatullayev) ; [https://en.wikipedia.org/wiki/Khadija\\_Ismayilova](https://en.wikipedia.org/wiki/Khadija_Ismayilova)

<sup>3</sup> [https://www.reporter-ohne-grenzen.de/uploads/tx\\_lfnews/media/Rangliste\\_der\\_Pressefreiheit\\_2019.pdf](https://www.reporter-ohne-grenzen.de/uploads/tx_lfnews/media/Rangliste_der_Pressefreiheit_2019.pdf)

<sup>4</sup> <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/03/04/AR2010030405390.html>

## 4.2 Wirtschaftliche Situation

Erdöl und Erdgas traten an der Küste des Kaspisees schon im Altertum an die Oberfläche. Häufige Selbstentzündungen der „brennenden Berge“ machten die Region zum Mekka der persischen Zoroastrier. Byzanz hingegen betrachtete das Naturphänomen eher praktisch und nutzte das „Griechische Feuer“ als unschlagbare Waffe im Seekrieg. Ende des 19. Jahrhunderts schließlich avancierte Aserbaidtschan zum wichtigsten Erdölrevier der Welt, das nach dem Ende des Ersten Weltkriegs heftig zwischen Sowjetrußland, der Türkei und Großbritannien umkämpft war. Nachdem es zeitweise an Bedeutung verloren hatte, machten neue Fördermethoden und die Entdeckung riesiger Gasfelder im Kaspisee das Land in den letzten Jahrzehnten wieder zu einem großen Standort der Petrolwirtschaft. Diese bildet heute das Standbein der aserbaidtschanischen Ökonomie.

Eine verarbeitende Industrie gibt es praktisch nicht mehr, da sie wegen der relativ hoch bewerteten Landeswährung nicht gegen Importprodukte konkurrieren konnte, zumal Aserbaidtschan Mitglied mehrerer Freihandelszonen ist. Immerhin wird nun ein moderner petrochemischer Komplex aus Kraftwerk, Chemiefabrik und Raffinerie errichtet, der einen Teil der Wertschöpfung aus der Erdölverarbeitung ins Land holen wird. Die Anlage soll ab 2021 schrittweise in Betrieb gehen und eine der größten ihrer Art werden.

Die aserbaidtschanische Landwirtschaft ist wenig leistungsfähig, obwohl dort ein Drittel der Beschäftigten arbeitet. Das Klima ist ziemlich trocken und Importe sind billig. Die überwiegend kleinen bäuerlichen Betriebe betreiben daher vorwiegend Subsistenzwirtschaft.

Die offizielle Arbeitslosigkeit ist niedrig, aber viele Arbeitsverhältnisse sind prekär. Fast die Hälfte der Beschäftigten sind Frauen; das ist der Spitzenwert in der ganzen Region.

## 4.3 Außenpolitik und Beziehungen zur Europäischen Union

Aserbaidtschan betreibt eine „dreifach allseitige“ Außenpolitik: nach allen Seiten gute Beziehungen, nach allen Seiten abgesichert, von allen Seiten unabhängig. Aufgrund seiner strategischen Lage auf dem Weg von Europa nach Mittelasien und seines Reichtums an Bodenschätzen gelang es Aserbaidtschan, sich in eine komfortable Position zu bringen, ohne es sich mit jemandem wirklich zu verderben.

Damit kontrastiert die extrem feindselige Politik gegenüber Armenien und Armeniern: Jeder Mensch armenischer Herkunft, egal welcher Staatsbürgerschaft, wird offi-

ziell als Staatsfeind betrachtet und darf aserbaidsschanisches Territorium nicht einmal betreten. Das Ausland drückt dazu im Allgemeinen beide Augen zu, ganz ähnlich wie bei den inneren Missständen.

Aus internationalen Bündnissen hält Aserbaidsschan sich heraus. Es ist lediglich Mitglied in der „Organisation für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung“ (siehe Georgien) sowie in der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit“, in der mehrere islamische Länder in Asien von der Türkei über den Iran bis nach Pakistan und Tadschikistan verbunden sind. Wegen der Interessengegensätze zwischen den Mitgliedern haben diese Organisationen jedoch keine große Bedeutung erlangt.

Im benachbarten Iran leben weit mehr Aseris als in Aserbaidsschan selbst. Dennoch ist das Verhältnis der beiden Länder nicht ungetrübt, zumal der Iran eng mit Armenien zusammenarbeitet. Die laizistische Oberschicht Aserbaidsschans steht dem religiösen Sendungsbewusstsein der iranischen Führung kühl gegenüber. Außerdem gibt es Meinungsverschiedenheiten über den Grenzverlauf im Kaspisee, was wegen der riesigen Öl- und Gasvorkommen im Untergrund ein Milliarden thema ist. Typisch für den Grundsatz aserbaidsschanischer Außenpolitik, Nachbarländer und Großmächte gegeneinander auszuspielen, sind daher die engen Beziehungen zu Israel, die auch eine militärische Komponente haben. Kein zweites islamisches Land hat so gute Beziehungen zu Israel, und in keinem anderen islamischen Land leben Juden so sicher und nehmen unbehelligt am gesellschaftlichen Leben teil.

Auch das Verhältnis zu Russland hat sich im Laufe der Jahre abgekühlt. Da Aserbaidsschan wegen der neu errichteten Eisenbahnlinien und Pipelines durch Georgien nicht mehr auf russische Transitstrecken angewiesen ist, kann es sich ein souveränes Auftreten leisten.

Diese Selbstsicherheit bekommt auch die Türkei zu spüren. Zwar versteht man sich dort gern als Schutzmacht aller Turkvölker, doch findet der „Neosmanismus“ der Erdoğan-Regierung in Aserbaidsschan keinen Anklang. Letztendlich ist man jedoch zu sehr durch gemeinsame Wirtschaftsinteressen verbunden, als dass es zu ernsthaften Reibungen käme.

Wirtschaftsinteressen prägen auch das Verhältnis Aserbaidsschans zur Europäischen Union. Die EU-Länder sind Aserbaidsschans größter Handelspartner. Aserbaidsschan exportiert große Mengen Erdgas über die Türkei nach Südosteuropa und ist einer der wichtigsten Erdöllieferanten Deutschlands. Bei der Kooperation zwischen Aserbaidsschan und EU dreht sich fast alles ums Gas (strategisches Gasabkommen von 2011<sup>1</sup>) und um

---

<sup>1</sup> [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_11\\_30](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_11_30)

den Öltransit aus Mittelasien nach Westen. Das fügt sich leider in die Energiestrategie der EU ein, die auch fast nur den Energieträger Erdgas kennt.<sup>1</sup>

Natürlich kontrastieren diese engen Beziehungen mit dem hehren Anspruch der EU, Demokratie, Menschenrechte und Good Governance in den Partnerländern zu fördern. Das wird auch immer wieder skandalisiert. Aserbaidsschan hält mit einer Politik dagegen, die als „Kaviar-Diplomatie“ bekannt wurde. So stellte sich 2016 heraus, dass zahlreiche Mitglieder der parlamentarischen Versammlung des Europarats große Sach- und Geldgeschenke aus Aserbaidsschan angenommen hatten, darunter den sprichwörtlichen Kaviar. Hinzu kamen beträchtliche Geldflüsse an Unternehmen, die den besagten Abgeordneten nahe standen. In Deutschland betrafen diese Enthüllungen vor allem die CDU-Abgeordnete Karin Strenz, die im Europarat gegen eine Resolution zur Freilassung politischer Gefangener in Aserbaidsschan gestimmt hatte. Nichtsdestoweniger wurde sie 2017 wieder in den Bundestag gewählt.

Die Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Aserbaidsschan und der EU bildet das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, das 1999 in Kraft trat. 2004 wurde Aserbaidsschan in die Europäische Nachbarschaftspolitik aufgenommen, und 2006 wurde ein gemeinsamer Aktionsplan für Reformen in den Bereichen Politik, Menschenrechte, Gewaltenteilung, Wirtschaft und Justiz beschlossen. Soweit sie keine wirtschaftlichen Themen betrafen, blieben die Vereinbarungen überwiegend auf dem Papier.

---

<sup>1</sup> <https://cornelia-ernst.eu/2019/10/klimawandel-verschlafen-pci-liste-gehoert-ins-letzte-jahrhundert/>

## 5. Armenien – auf dem Weg zur EU-Assoziierung?

### 5.1 Geschichte, Innenpolitik und Menschenrechtslage

Armeniens Geschichte reicht bis zum Reich Urartu vor fast dreitausend Jahren zurück. Auch das armenische Alphabet ist sehr alt, und da die armenische Sprache bereits während der Christianisierung im 4. Jahrhundert kodifiziert wurde, können Armenier mittelalterliche armenische Texte durchaus lesen.

Wie in anderen früh christianisierten Ländern hat auch die Armenische Apostolische Kirche etliche Eigenheiten bewahrt und war während langer Zeiten der Fremdherrschaft Träger des armenischen Nationalbewusstseins. Sie ist die älteste Staatskirche der Welt. Das verschafft ihr großen gesellschaftlichen Einfluss, der zum konservativen gesellschaftlichen Klima beiträgt, noch stärker als in Georgien. Zum Beispiel ist Homosexualität zwar legal, aber extrem tabuisiert und gilt als Ausdruck westlicher Dekadenz. Hier wie auch bei anderen innenpolitischen Themen hatte Armeniens Unterschrift unter internationale Vereinbarungen lange nur Alibicharakter.

Patriarchale Denkweisen wurden paradoxerweise durch den Karabachkrieg unterminiert: Viele Männer waren gefallen, andere sind an der Grenze gebunden, die immer noch den Charakter einer Frontlinie hat. Dadurch konnten viele Frauen in Führungspositionen aufsteigen. Dass die Gleichstellung der Frauen dennoch erst am Anfang steht, wird daran deutlich, dass die Armee trotz der extremen Militarisierung keine Frauen in die Kampfeinheiten aufnimmt, obwohl sie eigentlich alles braucht, was eine Waffe tragen kann. Dass in Armenien viele geschlechtsselektive Abtreibungen stattfinden<sup>1</sup>, wirft ebenfalls ein grelles Licht auf die Stellung der Frau in der armenischen Gesellschaft. Diese Praxis gilt als einzigartig sowohl in Europa<sup>2</sup> als auch in christlichen Ländern.

Das heutige Armenien umfasst nur einen Bruchteil des früheren Siedlungsgebiets. Der weitaus größere Teil liegt heute in der Türkei, doch dort wurden die Armenier ab 1915 umgebracht oder vertrieben. Das heutige Staatsgebiet war noch in der späten Zarenzeit relativ dünn besiedelt, und ein beträchtlicher Bevölkerungsanteil entfiel hier auf Aseris und Kurden muslimischen Glaubens. Das änderte sich im Ersten Weltkrieg und den anschließenden Konflikten, als zahlreiche Armenier und Jesiden aus der Türkei in das jetzige Staatsgebiet flohen oder aus der Levante einwanderten, wohin sie im Ersten Weltkrieg vertrieben worden waren. Dennoch leben heute mehr Armenier in der Diaspora als in Armenien selbst, vor allem in Frankreich und den USA.

---

<sup>1</sup> <https://www.spiegel.de/politik/ausland/armenien-warum-frauen-zur-selektiven-abtreibung-gedraengt-werden-a-1291646.html>

<sup>2</sup> Je nach geografisch-politischem Modell wird Transkaukasien zu Europa oder zu Asien gezählt.



In der Sowjetzeit wurde Armenien „armenisiert“, u.a. durch Zwangsumsiedlung der meisten Aseris in die Sowjetrepublik Aserbaidtschan während der späten Stalin-Ära. Ihre Wohnungen und Felder wurden an Diaspora-Armenier übergeben, die aus Syrien und dem Libanon nach Armenien übersiedelten. Die Kurden in Armenien waren bereits in den Dreißigerjahren nach Mittelasien deportiert worden. Im Ergebnis wurde Armenien die ethnisch homogenste Sowjetrepublik. Im Karabachkrieg wurden dann auch die letzten Aseris und Kurden vertrieben und alle verbliebenen Moscheen bis auf eine abgerissen, um die Spuren der muslimisch-multiethnischen Vergangenheit zu tilgen. Heute besteht Armeniens Bevölkerung zu mehr als 98% aus Armeniern; die einzige nennenswerte Minderheit sind Jesiden. Nur diese sind als nationale Minderheit anerkannt und gleichberechtigt.

Insgesamt war die Menschenrechtslage in Armenien lange schlecht, und die Medienfreiheit wurde oft eingeschränkt. Beides wurde mit dem Kriegszustand und der politischen Instabilität begründet. Seit Armenien 2001 in den Europarat aufgenommen wurde, verbesserte sich die Situation allmählich; allerdings erlitt diese Entwicklung mit der gewaltsamen Niederschlagung von Oppositionsprotesten im Jahr 2008 einen Rückschlag. Im Frühjahr 2018 wurde die autoritäre Herrschaft des langjährigen Präsidenten bzw. Ministerpräsidenten Sersch Sargsjan jedoch durch die sogenannte Samtene Revolution beendet. An seine Stelle trat mit Nikol Paschinjan ein Opfer der Repression des Jahres 2008; dessen Partei errang die Zweidrittelmehrheit im Parlament. Seither hat sich die politische Lage stabilisiert und Armenien hat auch auf den Ranglisten für Demokratie und Pressefreiheit einen Sprung nach vorn gemacht. Die erzielten Fortschritte können aber jederzeit durch eine Eskalation des Konflikts mit Aserbaidtschan infrage gestellt werden. Aus anderer Richtung wird die armenische Demokratie dadurch belastet, dass – ähnlich wie in Georgien – der reichste Unternehmer des Landes eine eigene Partei betreibt. Deren Einfluss ist jedoch nach dem Umbruch von 2018 stark zurückgegangen.

## **5.2 Wirtschaftliche Situation**

Armenien verfügt über wenig Bodenschätze (diese erbringen dennoch den Löwenanteil der Exporteinnahmen) und keine fossilen Energieträger. Zwar existieren zahlreiche Wasserkraftwerke; diese haben jedoch negative Auswirkungen auf die Umwelt, auch auf den Sewansee, der für die Armenier eine ähnliche Bedeutung hat wie der Baikalsee für Russen. Andere regenerative Energien werden bisher kaum genutzt, doch steht ein Geothermie-Kraftwerk kurz vor der Inbetriebnahme. Der Strombedarf wird ansonsten durch Gaskraftwerke und das Kernkraftwerk Mezamor gedeckt, das einzige der Kaukasus-

region. Block 1 des Werks ist stillgelegt, aber Block 2 erhielt eine Betriebsgenehmigung bis 2026. Da den Absichtserklärungen für den Bau eines neuen, modernen Reaktors bisher keine Taten folgten, ist zu befürchten, dass die Genehmigung noch einmal verlängert wird, obwohl es sich um den ältesten noch laufenden Reaktor sowjetischer Herkunft handelt. Die abenteuerlichen Umstände seines Betriebs werden dadurch illustriert, dass die Brennelemente aus Russland eingeflogen und dann mit Lkws auf einer unbefestigten Piste zum Kraftwerk transportiert werden. Die Straße vom Flughafen Jerewan zum Standort des Kraftwerks schneidet nämlich die türkische Grenze und ist deshalb gesperrt. Über den Verbleib der radioaktiven Abfälle mag man da gar nicht nachdenken. Immerhin wurde das Kraftwerk durch das große Erdbeben von 1988 kaum in Mitleidenschaft gezogen, obwohl dieses katastrophale Verwüstungen angerichtet hat, von denen Armenien sich aufgrund von Krieg und Blockade noch nicht ganz erholt hat.

Armeniens Wirtschaft ist somit auch heute noch recht schwach. Es gibt nur wenig Industrie. Der großen unternehmerischen Freiheit stehen dürftige Rechte der Beschäftigten gegenüber. Das armenische Bildungssystem hat zwar einen guten Ruf und wird durch beachtliche Bildungsausgaben auf der Höhe der Zeit gehalten, doch mangelt es an Arbeitsmöglichkeiten für die Absolventen. Deshalb halten Auswanderung und Arbeitsmigration an, vor allem nach Russland. Immer mehr junge Menschen versuchen aber auch, in die EU zu gelangen. Das Sozialwesen ist schlechter finanziert als in Georgien und Aserbaidschan, obwohl das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf höher liegt. Das hängt mit den auffallend niedrigen Steuereinnahmen zusammen: Zum Einen kann Armenien im Gegensatz zu seinen Nachbarn keinen Transithandel besteuern; zum Anderen ist die Steuergesetzgebung ausgesprochen „wirtschaftsfreundlich“.

Armenien hat wenig landwirtschaftliche Nutzfläche und ein relativ trockenes Klima. Wo Bewässerung möglich ist, erbringen die fruchtbaren Böden jedoch hohe Erträge. Die Effektivität der Landwirtschaft wurde dadurch gemindert, dass die Anbauflächen im Zuge der Totalprivatisierung der Wirtschaft Mitte der 90er Jahre auf Hunderttausende Kleingrundstücke verteilt wurden. Private Investoren kaufen nun zahlreiche Felder auf und bauen dort Obst für den Export an, vor allem nach Russland. Russische Firmen dominieren auch mehrere Schlüsselbereiche der Wirtschaft: Energie, Bergbau, Eisenbahn und Telekommunikation. Mittlerweile gehören jedoch deutsche Firmen zu den wichtigsten Investorengruppen, u.a. in der IT-Industrie, die vom Outsourcing aus Hochlohnländern profitiert.

Mittlerweile ist auch der Tourismus wieder ein wichtiger Wirtschaftssektor und Devisenbringer. Nach dem Absturz der 90er Jahre erlebt er einen stetigen Aufschwung.

### 5.3 Außenpolitik und Beziehungen zur Europäischen Union

Armeniens einzige Landverbindung in Richtung Europa geht durch Georgien, was Georgien mit hohen Hafен- und Transitgebühren ausnutzt (z.B. 10% Transitgebühr für russisches Erdgas, das durch eine Pipeline nach Armenien strömt). Politisch sind beide Länder eher Rivalen: Armenien lehnt sich an Russland an, Georgien an NATO und EU; Armenien setzt im Karabach-Konflikt auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Georgien pocht in seinen Territorialkonflikten auf das Prinzip der territorialen Integrität.

Russland betreibt in der südarmenischen Stadt Gjumri eine große Militärbasis und sichert die Grenze zur Türkei mit Grenztruppen und Kampfflugzeugen, was Armenien gegenüber Aserbaidschan entlastet.

Zum Iran unterhält Armenien ungewöhnlich enge Beziehungen. 2007 wurde der Bau einer Erdgasleitung Iran-Armenien abgeschlossen, die seither das Rückgrat der armenischen Energieversorgung bildet. Armenien konnte dadurch den Stromverkauf nach Georgien wieder aufnehmen, das wegen der saisonalen Schwankungen seines Wasserkraftaufkommens mal Elektroenergie exportiert und mal importiert.

Die USA umwerben Armenien; nur Israel erhält mehr Entwicklungshilfe pro Kopf aus den USA. Die wirtschaftlichen Früchte für Armenien sind allerdings bescheiden und der politische Nutzen für die USA fraglich, da Armenien auf die Schutzmacht Russland angewiesen ist. Armenien strebt dennoch nach guten Beziehungen zum Westen allgemein und insbesondere zu den USA, schon wegen der großen armenischen Diaspora. Deshalb hat es auch an den Militärmissionen in Irak, Afghanistan und Kosovo teilgenommen.

Armenien ist – ebenso wie Weißrussland – sowohl Mitglied der russisch geführten Eurasischen Wirtschaftsunion als auch der Östlichen Nachbarschaft der EU.

Seit 2015 wird wieder über einen Grundlagenvertrag zwischen EU und Armenien verhandelt. Der erste Anlauf war 2013 von der armenischen Seite abgebrochen worden, um den Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion zu vollziehen. Mittelfristig könnte Armenien eine interessante Brückenfunktion ausüben: Ein Land, das eine Annäherung an die Europäische Union anstrebt und dabei auch gute Beziehungen zu Russland und Iran unterhält. Diese Rolle ist ein erklärtes Ziel der armenischen Politik.<sup>1</sup> Ob es erreicht wird, hängt jedoch von vielen Unwägbarkeiten ab, insbesondere von der konfliktreichen Entwicklung im und um den Iran.

---

<sup>1</sup> <https://www.tagesspiegel.de/politik/voir-der-parlamentswahl-in-armenien-es-kann-doch-nicht-sein-dass-wir-eine-neue-berliner-mauer-errichten/23726920.html>

## 6. Empfehlungen für die linke EuroNEST-Delegation

Für linke Abgeordnete ist es in Transkaukasien nicht leicht, politische Partner zu finden, da wie in den meisten ehemaligen Sowjetrepubliken kaum eine politische Linke existiert. Zwar gibt es kleine kommunistische Parteien, aber deren Agenda erschöpft sich in Sowjetnostalgie und der Forderung nach höheren Renten (was angesichts des dürftigen Sozialwesens allemal berechtigt ist). Gesellschaftspolitisch sind sie ähnlich konservativ wie ihr Pendant in Russland.

Anknüpfungspunkte gibt es jedoch bei den zahlreichen Initiativen der Zivilgesellschaft. Zwar werden ihnen viele Steine in den Weg gelegt, vor allem in Aserbaidschan, doch gleichen sie das mit Mut und Engagement aus. Ausländische Partner müssen hierbei jedoch Geduld und Fingerspitzengefühl aufbringen, denn Verbindungen ins Ausland sind für Nichtregierungsorganisationen keine Empfehlung. Vielmehr findet die Regierungspropaganda, wonach Menschenrechtler Auslandsagenten sind oder eine gesunde Gesellschaft mit zweifelhaften westlichen Werten schwächen, häufig offene Ohren. Auf der anderen Seite beschwerten sich z.B. armenische Schwulenaktivisten, dass man sich im Westen oft nur für die Gleichstellung von Homosexuellen interessiert und ihre Kritik an anderen gesellschaftlichen Missständen auf taube Ohren stößt.<sup>1</sup>

Da die EU in Transkaukasien vor allem wirtschaftliche Interessen verfolgt, hat linke Politik die Aufgabe, diejenigen Themen aufzuwerfen, über die nur schöne Papiere verfasst werden, während die Praxis eine andere ist. So wird in allen drei Ländern die soziale Vorsorge vernachlässigt. Gleichstellungsrichtlinien, Antidiskriminierungsgesetze usw. gaukeln einen schönen Schein vor, der den tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnissen Hohn spricht. Auch sind die drei Länder zwar den Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO beigetreten und haben Aktionspläne zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Bekämpfung rechtloser Arbeitsverhältnisse unterzeichnet. Doch in der Praxis sind die Kräfteverhältnisse in der Wirtschaft sehr zur Kapitalseite verschoben. Zumindest in Georgien ist das auch offizielle Regierungspolitik. Am krassesten ist jedoch der Gegensatz zwischen den Vereinbarungen zur Korruptionsbekämpfung, die Aserbaidschan abgeschlossen hat, und der ungenierten Selbstbedienung des Alijew-Clans, ohne dass Kritik seitens der EU laut wird. Zu stark ist der „Lockruf des Gases“.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt könnte die Beobachtung der Konflikte um Bergkarabach, Abchasien und Südossetien sein. Zwar ist eine Beilegung dieser Konflikte auf absehbare Zeit kaum vorstellbar, doch die EU kann die Beteiligten dabei unterstützen, einen Modus Vivendi unterhalb der völkerrechtlichen Ebene zu finden, um humanitäre

---

<sup>1</sup> <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-155098146.html>

Nöte zu lindern und wirtschaftliche Hürden auszuräumen. So muss z.B. Abchasien weder in den georgischen Staatsverband zurückkehren noch international anerkannt werden, um Handel mit angrenzenden Ländern zu pflegen, wie die wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei zeigen. Und eine teilweise Räumung besetzter aserbaid-schanischer Gebiete durch Armenien ist möglich, ohne die Sicherheit der Bewohner Bergkarabachs aufs Spiel zu setzen. Das müssen die Beteiligten jedoch wollen, und die EU kann diesen Willen ermuntern. Die linken Abgeordneten sollten darauf drängen.

Bei ihren Sondierungen in Osteuropa und Transkaukasien bewies die EU bisher wenig Geschick. Der erste Anlauf zu einem Assoziierungsabkommen mit Armenien scheiterte 2013 auf der Zielgeraden, weil Armenien der Anbindung an den russischen Wirtschaftsraum den Vorrang einräumte, was 2015 im Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion seinen Ausdruck fand. Ohnehin erfüllte Armenien zu diesem Zeitpunkt die gestellten Anforderungen nicht einmal auf dem Papier – Parallelen zur EU-Aufnahme von Bulgarien und Rumänien drängen sich auf. Ähnliches geschah kurz darauf in der Ukraine, wo der Abbruch der Assoziierungsverhandlungen durch den Präsidenten die Maidanunruhen auslöste. Daraus entwickelte sich ein politisches Erdbeben, das die Sicherheitsarchitektur ganz Europas erschütterte. Und beim Assoziierungsabkommen mit Moldawien, das zu Unrecht als „Musterland der Östlichen Partnerschaft“ galt, verschloss die EU-Seite vor der informellen Herrschaft des Oligarchen Plahotniuc so konsequent die Augen, dass die prowestlichen Kräfte im Lande aus dem Staunen nicht herauskamen. Sie waren es bis dahin gewohnt, Russland und Kommunisten für jedes Übel verantwortlich zu machen. Hier zeigte sich ähnlich wie im Verhältnis zu Aserbaidschan, dass demokratische Werte der EU, die offiziell durch die Partnerschafts- und Assoziierungsprozesse verbreitet werden sollen, in der Praxis oft hinter wirtschaftliche Interessen und geostrategische Überlegungen zurücktreten müssen.

Die GUE/NGL-Fraktion sollte diese Prozesse mit kritischem Wohlwollen begleiten und darauf drängen, dass darin andere Schwerpunkte gesetzt werden. Das bedeutet unter anderem:

- die EU beim Wort zu nehmen, wenn sie von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit spricht,
- die geostrategische Stoßrichtung gegen Russland abzulehnen,
- sich dafür einzusetzen, dass die Beziehungen zwischen der EU und den Kaukasusländern im Sinne einer gleichberechtigten Partnerschaft statt eines einseitigen „Normenexports“ aus der EU weiterentwickelt werden.

Der angestrebten Verschärfung des „More for More“-Prinzips ist ein „More for All“ entgegenzusetzen: Statt einen Forderungskatalog nach dem Prinzip von Zuckerbrot und

Peitsche abzarbeiten und die Partnerstaaten passend zum Europäischen Binnenmarkt umzumodeln, sollten Prinzipien wie Armutsbekämpfung, Menschenrechte, Konfliktbeilegung, Umweltschutz und fairer Handel den Vorrang vor den Wirtschaftsinteressen der stärkeren Seite erhalten. Eine solche auf Gleichberechtigung und gemeinsame Entwicklung zielende Politik könnte zum Vorteil aller Beteiligten wirken.

## 7. Weiterführende Literatur

Uwe Halbach, „Ungelöste Regionalkonflikte im Südkaukasus“

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-261542>

Uwe Halbach, „Religion und Nation, Kirche und Staat im Südkaukasus“

<https://www.swp-berlin.org/publikation/religion-und-nation-kirche-und-staat-im-sued-kaukasus/>

Sonja Schiffers, „Georgienkrieg 2008“

<https://www.dekoder.org/de/gnose/georgienkrieg-suedossetien-abchasien-2008>

John O’Loughlin, Gerald Toal, Wladimir Kolossow, „Inside Abkhazia: A Survey of Attitudes in a De Facto State“

<https://ibs.colorado.edu/johno/pub/InsideAbkhazia.pdf>

Sergej Markedonow, „Russia’s Evolving South Caucasus Policy – Security Concerns amid Ethno-political Conflicts“

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-56001-4>

Navid Kermani, „Entlang den Gräben“, ISBN 978-3-406-71402-3; umfangreiche Auszüge daraus sind als Artikelserie auf Spiegel online abrufbar.

Zur Ergänzung sind auch viele Wikipedia-Artikel mit Bezug auf Armenien, Aserbaidschan und Georgien ausführlich, einigermaßen aktuell und auch politisch überwiegend brauchbar, vor allem in ihrer deutschen Version. Die englischen Versionen sind stärker zwischen armenischen und aserbaidischen Lobbygruppen umkämpft („Edit Wars“) oder weisen ein antirussisches Bias auf. Das fällt zum Beispiel bei der Darstellung des Kaukasuskriegs 2008 auf, wo Ermittlungsergebnisse der EU-Beobachtermission über den georgischen Beitrag zur Eskalation unterschlagen wurden.